

---

# amnesty international

---

## Nigeria: Sind die Menschenrechte auf der politischen Agenda?

29. Mai 2007

AI Index: AFR 44/013/2007

---

Deutsche Übersetzung von ai-Index: AFR 44/013/2007 der Nigeria Koordinationsgruppe der deutschen Sektion. Als offizielles ai-Dokument gilt das englische Original.

Amnesty International nimmt den Amtsantritt von Mr Alhaji Umaru Musa Yar'adua als Nigerias Staatspräsident zum Anlass, den neuen Präsidenten aufzurufen, die Menschenrechte an die Spitze seiner politischen Agenda zu stellen.

Über viele Jahre hat Amnesty International wiederholt Sorge über Menschenrechtsverletzungen in Nigeria zum Ausdruck gebracht. Es handelt sich nicht um isolierte Vorfälle; sie geschehen vielmehr in einem Umfeld eines allgemeinen Mangels an Respekt vor den Menschenrechten. Obwohl seit der Wiederherstellung der Zivilregierung 1999 Fortschritte in der Menschenrechtssituation gemacht wurden, bleibt eine ganze Anzahl von Bereichen, die Anlass zu tiefer Sorge geben, wie die Gewalt gegen Frauen, die Todesstrafe, außergerichtliche Hinrichtungen, Folter und Misshandlung und Straflosigkeit. Die Amtseinführung der neuen Regierung bietet die Gelegenheit Nigerias Bilanz bei der Beachtung, dem Schutz und der Gewährung der Menschenrechte zu verbessern.

Amnesty International ruft den neuen Präsidenten dazu auf, ein klares Programm für die Menschenrechte einzuführen, das die folgenden zehn Punkte enthalten sollte:

1. Die Erfüllung von Nigerias internationalen und regionalen Menschenrechtsverpflichtungen, wie sie explizit in den von Nigeria ratifizierten Verträgen verankert sind. Die Menschenrechte sollen außerdem im Zentrum der nigerianischen Außenpolitik stehen.
2. Die Abschaffung der Todesstrafe, und kurzfristig – solange die gesetzliche Abschaffung aussteht – ein Hinrichtungsmoratorium zu erlassen.
3. Ein Ende der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlungen und Strafen, die oft zu Tod in Haft und außergerichtlichen Hinrichtungen führen.
4. Zeitnahe und faire Gerichtsverfahren in Übereinstimmung mit internationalen Standards.
5. Eine signifikante Verringerung der Überfüllung von Gefängnissen und anderen Haftorten.
6. Der Schutz vor Gewalt und Misshandlungen durch bewaffnete Gruppen, kriminelle Banden und Bürgerwehren.
7. Ein Ende der Gewalt gegen Frauen.
8. Ein Ende und die Verhinderung von Zwangsräumungen.
9. Der Schutz und Respekt des Rechts auf freie Meinungsäußerung.
10. Ein Ende der Straflosigkeit für die Täter von Menschenrechtsverletzungen.

## **Die zehn Punkte Agenda für die Menschenrechte:**

### **1. Die Erfüllung von Nigerias internationalen und regionalen Menschenrechtsverpflichtungen, wie sie explizit in den von Nigeria ratifizierten Verträgen verankert sind. Die Menschenrechte sollen außerdem im Zentrum der nigerianischen Außenpolitik stehen.**

Nigeria hat internationale rechtliche Verpflichtungen, die Menschenrechte zu respektieren, zu beschützen und zu gewähren gegenüber allen Personen im Bereich seiner Rechtsprechung, ohne Unterschied und Diskriminierung auf Grund von Geschlecht, ethnischer oder sozialer Zugehörigkeit, politischer Meinung oder anderer, unzulässiger Gründe. Diese Menschenrechte beinhalten das Recht auf Leben, das Recht nicht Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung ausgesetzt zu sein, das Recht auf eine faire Gerichtsverhandlung, das Recht auf freie Meinungsäußerung; sie schließen die Freiheit ein, Informationen und Meinungen zu suchen, zu erhalten und weiterzugeben sowie das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard. Nigeria hat ausdrücklich die Verpflichtung zu diesen Rechten mit der Ratifizierung der internationalen und regionalen Verträge übernommen, darunter der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die Afrikanische Menschenrechts Charta. Viele dieser Rechte sind auch in der Nigerianischen Verfassung verankert.

*Amnesty International ruft den neuen Präsidenten auf:*

- Die notwendigen Schritte zu einer umgehenden und vorbehaltlosen Ratifizierung folgender internationaler Menschenrechtsverträge sicher zu stellen: das erste und zweite Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, das Fakultativprotokoll zur UN Folterkonvention, das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe; die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familienangehörigen.
- Sicher zu stellen, dass Nigeria seinen Verpflichtungen unter internationalen und regionalen Menschenrechtsverträgen, durch die Vorlage seiner überfälligen periodischen Berichte gegenüber den jeweiligen Kontrollorganen nachkommt.
- Sich auf die Bedeutung von Menschenrechtsprinzipien bei seiner Außenpolitik zu konzentrieren.

### **2. Die Abschaffung der Todesstrafe, und kurzfristig – solange die gesetzliche Abschaffung aussteht – ein Hinrichtungsmoratorium zu erlassen.**

Etwa 700 Gefangene sind zum Tode verurteilt<sup>1</sup>, mehr als 200 von ihnen bereits vor über zehn Jahren.<sup>2</sup> Todesurteile werden sowohl von den High Courts als auch von den *Sharia* Courts in Nordnigeria verhängt. Verurteilte haben das Recht, beim Bundesgericht Berufung einzulegen. Amnesty International liegen keine Bestätigungen vor, dass seit 2001 Todesurteile vollstreckt wurden. Dennoch werden weiterhin Todesurteile verhängt, darunter auch Todesurteile durch Steinigung unter dem *Sharia* Recht.

Bereits 2004 hat eine nationale Untersuchungskommission zur Todesstrafe ein Hinrichtungsmoratorium empfohlen, bis das nigerianische Justizsystem faire und zeitnahe Prozesse garantieren könne. Leider hat die vorherige Regierung dieser Empfehlung nicht entsprochen.

Am 1. Oktober hat Justizminister Chief Bayo Ojo bekannt gegeben, dass die Strafen von 107 zum Tode Verurteilter als Teil der Feiern zum Unabhängigkeitstag in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt werden.

<sup>1</sup> *Special Rapporteur on torture concludes visit to Nigeria*, HR/07/35, 12 March 2007, see: <http://www.unhcr.ch/hurricane/hurricane.nsf/view01/DC4834AE01D70CADC125729C003F776A?opendocument> (accessed 24 May 2007).

<sup>2</sup> Presidential Commission On Reform Of The Administration Of Justice, *Meeting on prison audit*, See: <http://www.pcrj.org/documents/Documents/papers%20reports%20publications/Meeting%20on%20Prison%20Audit.doc> (accessed 24 May 2007).

*Amnesty International ruft den neuen Präsidenten dazu auf:*

- Sich für die Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen und alle Todesurteile in lebenslängliche Haftstrafen umzuwandeln.

**3. Ein Ende der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlungen und Strafen, die oft zu Tod in Haft und außergerichtlichen Hinrichtungen führen.**

Die nigerianische Polizei und der State Security Service (SSS), Nigerias Geheimdienst sind fortwährend für außergerichtliche Hinrichtungen, Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Handlungen verantwortlich, die häufig zum Tod in Gewahrsam führen. Das Militär ist auch häufig an außergerichtlichen Hinrichtungen und anderen Menschenrechtsverletzungen beteiligt, vor allem im Nigerdelta, wo es die Rolle eines Strafverfolgungsorgans innehat.

Die Praxis außergerichtlicher Hinrichtungen und die Schritte, die die Regierung einleiten müsste, um solche abzustellen, wurden im Bericht des UN Sondergesandten zu außergerichtlichen, standrechtlichen und willkürlichen Hinrichtungen dargestellt, den er nach seinem Besuch in Nigeria im August 2005 erstellt hatte. Der frühere Präsident Obasanjo gab im August 2005 zu, dass außergerichtliche Hinrichtungen und die Ermordung Verdächtiger und unschuldiger Zivilisten durch die Polizei weit verbreitet sind.<sup>3</sup>

Es gibt Fälle, in denen Leute von der Polizei bei Straßenkontrollen oder wenn sie sich weigerten Bestechungsgelder zu zahlen, außergerichtlich hingerichtet wurden. Andere Fälle betreffen die Erschießung bei der Festnahme von vermuteten bewaffneten Räufern und von Festgenommenen in Haft.<sup>4</sup>

Darüber hinaus werden viele Leute im Polizeigewahrsam gefoltert und misshandelt. Der UN Beauftragte zu Folter schlussfolgert, dass „Folter und Misshandlungen in Polizeigewahrsam weit verbreitet sind“ und „Folter ein fester Bestandteil der Art und Weise ist, wie die Strafverfolgungsorgane im Staat operieren.“<sup>5</sup>

Im ihrem Versuch diese und andere Menschenrechtsverletzungen zu rechtfertigen, bezieht sich die Polizei wiederholt auf die öffentliche Besorgnis über Verbrechen.

*Amnesty International bittet den neuen Präsidenten dringend:*

- Wirksame Schritte zu unternehmen, um sicher zu stellen, dass alle Strafverfolgungsorgane und die Streitkräfte Nigerias internationalen rechtlichen Verpflichtungen und ihrer eigenen Verfassung gerecht werden.
- Alle Polizisten oder andere Gesetzeshüter vor Gericht zu stellen, die verdächtigt werden, für Folter und andere Misshandlungen oder für außergerichtliche Hinrichtungen verantwortlich zu sein, nach internationalen Verfahrensstandards und ohne Rückgriff auf die Todesstrafe oder andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Strafen.

---

<sup>3</sup> Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, Mr. Philip Alston, of a mission to Nigeria, E/CN.4/2006/53/Add.4, 7 January 2006. See: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/G06/106/40/PDF/G0610640.pdf?OpenElement> (accessed 24 May 2007).

<sup>4</sup> Amnesty International, *Nigeria: Abia State police kill 16 'armed robbers'*, (AI Index AFR 44/019/2006)

<sup>5</sup> Special Rapporteur on torture concludes visit to Nigeria, HR/07/35, 12 March 2007, see: <http://www.unhcr.ch/hurricane/hurricane.nsf/view01/DC4834AE01D70CADC125729C003F776A?opendocument> (accessed 24 May 2007).

#### **4. Zeitnahe und faire Gerichtsverfahren in Übereinstimmung mit internationalen Standards.**

Die Mehrzahl der Inhaftierten hatte keine Gerichtsverhandlung. Beamte beziehen sich häufig auf die so genannte "holding charge" (Anklage-Haft), eine Praxis, bei der Gefangene unbegrenzt in Haft gehalten werden, solange die rechtlichen Anweisungen des Direktors der Anklagebehörde ausstehen. Dies hat dazu geführt, dass Tausende auf ihre Verhandlung warten, deren Akten weder von der Staatsanwaltschaft, noch einem Richter oder selbst einem Anwalt eingesehen wurden. Manchmal warten Gefangene länger auf ihren Prozess als die für das ihnen vorgeworfene Vergehen vorgesehene Maximalstrafe.

Die Akten der Gefangenen werden von der Polizei oft nicht aufbewahrt oder an die Staatsanwaltschaft geschickt, damit diese entscheiden kann, ob ein Verfahren eingeleitet wird, und ob der Verdächtige vor Gericht gestellt werden soll. Dieser Missstand wird meistens angeführt, um den hohen Anteil an Gefangenen zu erklären, die auf ihren Prozess warten und als Grund für die Überfüllung der nigerianischen Haftanstalten und Gefängnisse.

Von den etwa 25.000 Gefangenen, die auf ihren Prozess warten, wird drei von vieren bewaffneter Raub vorgeworfen. Nach dem UN Sondergesandten zu außergerichtlichen, standrechtlichen und willkürlichen Hinrichtungen waren „dreiviertel von ihnen nicht in der Lage Rechtsbeistand vom Legal Aid Council zu bekommen und schockierende 3,7 % bleiben im Gefängnis, weil ihre Akten verloren gegangen sind.“<sup>6</sup>

*Amnesty International ruft den neuen Präsidenten dazu auf:*

- sicherzustellen, dass alle Gefangenen in der Lage sind, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung vor einem Gericht zeitnah verhandeln zu können und dass sie umgehend auf freien Fuß gesetzt werden, wenn sich ihre Inhaftierung als unrechtmäßig herausstellt.
- Wirksame Schritte einzuleiten um zeitnahe und faire Gerichtsverhandlungen für alle sicherzustellen, die wegen eines kriminellen Vergehens angeklagt sind, im Einklang mit den internationalen und regionalen Standards eines fairen Prozesses.<sup>7</sup>

#### **5. Eine signifikante Verringerung der Überfüllung von Gefängnissen und anderen Haftorten.**

Die Regierung schätzt, dass sich etwa 40.000 Inhaftierte in den nigerianischen Gefängnissen befinden.<sup>8</sup> Gefängnisse sind häufig unhygienisch und überfüllt; es mangelt an Essen und an Medikamenten. Etwa 65 % aller Gefängnisinsassen warten auf ihren Prozess, in einigen Fällen bis zu zehn Jahre lang.

In den vergangenen acht Jahren kam die hohe Zahl dieser Gefangenen, die auf einen Prozess warten auf die politische Agenda und einige Regierungsausschüsse und Komitees wurden gebildet um sich mit diesem Thema zu befassen. Dennoch hat die Regierung keine wirksamen Maßnahmen getroffen, und die heutige Zahl der auf ihren Prozess wartenden ist beinahe genauso hoch wie im Jahr 2000. Im Februar 2007 empfahl eine dieser Kommissionen, die Präsidentschaftliche Kommission zur Reform der Justizverwaltung, den Status einiger Kategorien von Inhaftierten in nigerianischen Gefängnissen zu überprüfen und einige Kategorien zu entlassen.<sup>9</sup>

<sup>6</sup> Report of the Special Rapporteur on extrajudicial, summary or arbitrary executions, Mr. Philip Alston, of a mission to Nigeria, E/CN.4/2006/53/Add.4, 7 January 2006. See: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/G06/106/40/PDF/G0610640.pdf?OpenElement> (accessed 24 May 2007).

<sup>7</sup> Article 14 of the International Covenant on Civil and Political Rights recognizes these rights, including to a fair trial, the right to be presumed innocent until proven guilty and the right to defence, See: <http://www.ohchr.org/english/law/ccpr.htm>

<sup>8</sup> Presidential Commission on Reform of the Administration of Justice in Nigeria, *Proposals for Reform of the Administration of Justice in Nigeria*, November 2006.

<sup>9</sup> The Presidential Commission on Reform of the Administration of Justice recommended that all awaiting trial inmates who have spent over ten years in prison, who suffer life threatening diseases, or whose case files are lost and spent over five years in prison should be released. Prison inmates who have spent between ten and fifteen years on death row should have their sentences commuted to life and those who have spent over 15 years on death row should be released. See: Presidential Commission On Reform Of The Administration Of Justice, *Meeting on prison audit*,

Am 17. Mai sagte Nigerias Informationsminister, dass Nigeria allen Gefangenen über 70 Jahren und denjenigen, die über 60 Jahre alt sind und seit über zehn Jahren auf die Vollstreckung ihrer Todesstrafe warten, eine Amnestie gewähren würde. Nach dem Minister sollten sie freigelassen werden, bevor der neue Präsident sein Amt antritt.<sup>10</sup>

*Amnesty International bittet den neuen Präsidenten dringend:*

- Alle nötigen Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, dass allen Gefangenen, die auf ihren Prozess warten, ihr Recht auf eine zeitnahe Überprüfung der Rechtmäßigkeit ihrer Haft vor einem Gericht gewährt wird und dass sie einen zeitnahen und fairen Prozess bekommen.
- Sicherzustellen, dass die neue Regierung die Minimalstandards der Vereinten Nationen für die Behandlung von Inhaftierten beachtet.<sup>11</sup>

## **6. Der Schutz vor Gewalt und Misshandlungen durch bewaffnete Gruppen, kriminelle Banden und Bürgerwehren.**

Besonders im Nigerdelta gibt es viele bewaffnete Gruppen und kriminelle Banden; es wurde berichtet, dass während der letzten Wahlen einige Politiker die Unterstützung durch solche Gruppen suchten, um ihre Gegner anzugreifen.<sup>12</sup> Das Öl des Nigerdeltas ist die Hauptquelle der Regierungseinkommen und des Außenhandels. Dennoch sind in dieser Region einige der ärmsten Bewohner Nigerias zu Hause. Die Menschen, die im Nigerdelta leben, profitieren kaum von Nigerias Öleinnahmen. Ihnen fehlt zum Beispiel Trinkwasser, sie haben kaum funktionierende Schulen und Gesundheitszentren. In weiten Teilen ist die einzige staatliche Präsenz der schwer bewaffnete Sicherheitsapparat, der vor allem die Aufgabe zu erfüllen hat, unbehinderte Öloperationen zu sichern.

Der Diebstahl von Öl durch illegales „Bunkern“ unter der Kontrolle mächtiger Kartelle, gut vernetzter Beamter und bewaffneter Banden ist weit verbreitet. Pipelines werden mit hoch entwickelter Ausrüstung angezapft, oft am helllichten Tage, und das Öl wird per Boot oder Tanklastzug in die Häfen zum Verkauf auf dem internationalen Markt transportiert. Die enormen Profite durch den Öldiebstahl haben einen praktisch unkontrollierten Zustrom von Waffen ins Nigerdelta ermöglicht, sowohl aus dem Ausland, als auch aus anderen Teilen Nigerias.

Bewaffnete Gruppen und Banden greifen auch die Produktionseinrichtungen an und entführen ausländische Arbeiter, um Lösegeld zu erpressen.

Bewaffnete Banden sind nicht nur im Nigerdelta aktiv, sondern existieren auch in anderen Landesteilen. Als ein Ergebnis des verbreiteten Misstrauens gegenüber der Polizei und ihrer unzureichenden Arbeit bei der Verbrechensbekämpfung haben sich Bürgerwehren und bewaffnete Gruppen auf lokaler und auf Bundesstaatsebene gebildet. Es wird berichtet, dass viele dieser Gruppen daran beteiligt waren, wenn Personen unrechtmäßig gefangen genommen und vermuteten Kriminellen grausame, unmenschliche und erniedrigende Misshandlungen zugefügt wurden. Einige dieser Gruppen werden verdächtigt standrechtliche Tötungen ausgeführt zu haben. Da – wie berichtet wird – im Delta viele Gruppen direkte Kontakte zu lokalen und Staats- Repräsentanten und zu Politikern haben, gibt es weit verbreitete Anschuldigungen, dass diese die bewaffneten Bürgerwehren benutzen, um politische Gewalt zu schüren.

*Amnesty International ruft den neuen Präsidenten dazu auf:*

- Einen adäquaten Lebensstandard zu garantieren
- Alle Menschen vor den Übergriffen bewaffneter Gruppen und Banden zu schützen.

<http://www.pcrj.org/documents/Documents/papers%20reports%20publications/Meeting%20on%20Prison%20Audit.doc> (accessed 24 May 2007).

<sup>10</sup> Reuters, Nigeria frees elderly prisoners before power shift, 17 May 2005.

<sup>11</sup> See: UN standard minimum rules for the treatment of prisoners, [http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/h\\_comp34.htm](http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/h_comp34.htm) (accessed 24 May 2007)

<sup>12</sup> Amnesty International, *Nigeria: Impunity for political violence in the run-up to the 2007 elections* (AI Index: AFR 44/004/2007); Amnesty International, *Nigeria: Legal Defence and Assistance Project (LEDAP) and Amnesty International Joint statement on increasing political violence in the run-up to elections*, (AI Index: AFR 44/011/2003).

## **7. Ein Ende der Gewalt gegen Frauen.**

Obwohl einige der nigerianischen Bundesstaaten eine Debatte über eine Gesetzgebung zum Schutz von Frauen begonnen haben, bleibt die Gewalt gegen Frauen weit verbreitet. Diese Gewalt umfasst häusliche Gewalt, Vergewaltigung, weibliche Genitalverstümmelung und erzwungene, frühe Heirat. Frauen werden von ihren Familienangehörigen geschlagen, vergewaltigt und sogar ermordet. Eltern und Verwandte zwingen Mädchen und junge Frauen zu früher Heirat und weibliche Genitalverstümmelung traumatisiert weiterhin junge Mädchen in vielen Gemeinden. Die Gewalt hält an, weil diskriminierende Gesetze sie ermöglichen und in einigen Fällen sogar bestimmte Formen von Gewalt an Frauen legalisieren.

Gewalt an Frauen beschränkt sich nicht nur auf die Familie; es gibt häufig Berichte über Polizei und Sicherheitskräfte, die Frauen und Mädchen vergewaltigen, im Polizeigewahrsam und in den Gefängnissen. Vergewaltigung wird manchmal auch eingesetzt um Gemeinden einzuschüchtern.

Die frühere Regierung hat es versäumt ihrer Verpflichtung zu erforderlicher Sorgfalt nachzukommen: die Täter haben sich alle einer Verurteilung entzogen und den Frauen und Mädchen, die vergewaltigt oder Opfer anderer Formen von Gewalt gegen Frauen wurden, wird jede Form der Wiedergutmachung für die ihnen zugefügten schweren Misshandlungen verweigert.<sup>13</sup>

*Amnesty International bittet den neuen Präsidenten dringend:*

- sich zu verpflichten, alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen per Gesetz und in der Praxis zu verbieten.
- Alle Gesetze aufzuheben, die es ermöglichen, dass Gewalt und Diskriminierung gegen Frauen fortbesteht.

## **8. Ein Ende und die Verhinderung von Zwangsräumungen.**

Geschätzte zwei Millionen Menschen wurden seit dem Jahr 2000 gewaltsam aus ihren Häusern vertrieben. Einzelpersonen, Familien oder ganze Gemeinden wurden gegen ihren Willen von den Behörden aus ihren Häusern oder von ihrem Land vertrieben, ohne dass ihnen ein angemessener legaler oder sonstiger Schutz gewährt wurde. In mehreren Fällen wurden ganze Siedlungen zerstört und Männer, Frauen und Kinder mittellos gelassen. Viele von ihnen wurden von den Behörden nicht gewarnt oder konsultiert, bevor die Räumungen ausgeführt wurden, und die meisten erhielten keine Entschädigung oder andere Form von Ersatz.<sup>14</sup> Zwangsräumungen verletzen das Recht auf angemessenes Wohnen. Zusätzlich zum Verlust ihrer Häuser werden die Betroffenen oft noch Gewalt und anderen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt, darunter das Recht auf Gesundheit, auf Bildung und darauf sich seinen Lebensunterhalt verdienen zu können; das Recht auf Privatsphäre und das Recht nicht Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher oder entwürdigender Behandlung oder Bestrafung ausgesetzt zu sein.

*Amnesty International ruft den neuen Präsidenten dazu auf:*

- Schritte zu unternehmen, die sicherstellen, dass jeder eine sichere Unterkunft hat und gegen Zwangsräumungen geschützt ist.
- Sollten Zwangsräumungen durchgeführt werden, sicher zu stellen, dass sie internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen.
- Dafür zu sorgen, dass diejenigen, die von Zwangsräumungen betroffen sind, wirksamen Zugang zu Rechtsmitteln erhalten.<sup>15</sup>

---

<sup>13</sup> Amnesty International, *Nigeria: Rape the silent weapon*, (AI Index AFR 44/020/2006).

<sup>14</sup> Amnesty International, *Nigeria: Making the destitute homeless - forced evictions in Makoko, Lagos State*(AI Index: AFR 44/001/2006).

<sup>15</sup> See: International Covenant on Economic Social and Cultural Rights (ICESCR), article 11, [http://www.unhcr.ch/html/menu3/b/a\\_ceschr.htm](http://www.unhcr.ch/html/menu3/b/a_ceschr.htm) (accessed 24 May 2007).

## **9. Der Schutz und Respekt des Rechts auf freie Meinungsäußerung.**

In den letzten Monaten hat die Intoleranz der Regierung gegenüber Kritik zu mehreren Fällen von Verletzungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung geführt. Als die Spannungen im Vorfeld der Wahlen 2007 und danach zunahmen, erhielt Amnesty International mehrere Berichte darüber, dass Journalisten politisch motiviert unter Druck gesetzt und einschüchtert wurden. Der staatliche Geheimdienst hat mehrfach Büros von Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen durchsucht, Dokumente beschlagnahmt und mehrere Journalisten wurden verhaftet und stundenlang verhört.

*Amnesty International ruft den neuen Präsidenten dazu auf:*

- Sicher zu stellen, dass die Regierung freie Meinungsäußerung respektiert.
- Zu garantieren, dass keine Journalisten wegen der Ausübung ihres Rechts auf freie Meinungsäußerung verhaftet oder bedroht werden.

## **10. Ein Ende der Straflosigkeit für die Täter von Menschenrechtsverletzungen.**

Straflosigkeit ist eine ernste Bedrohung für eine wirksame Verwirklichung von Menschenrechten in Nigeria. Die vorherige Regierung hat es versäumt, die fest verwurzelte Kultur der Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen zu durchbrechen. Viele Fälle von Ermordung, Folter und anderer Misshandlung und Gewalt gegen Frauen bleiben ungelöst, und die Täter werden nicht vor Gericht gestellt. Als Konsequenz des Versagens der Behörden, ernste Menschenrechtsverletzungen wirksam zu untersuchen und zu verfolgen, ist das Vertrauen in das Strafverfolgungs- und Justizsystem bei den Opfern und in der Öffentlichkeit sehr gering. Nur durch eine wirksame Verantwortlichkeit für Menschenrechtsverletzungen und dadurch, dass die dafür Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden, wird das Vertrauen in das Justizsystem verbessert und wird helfen die Spirale der Straflosigkeit zu beenden.

*Amnesty International bittet den neuen Präsidenten dringend:*

- Wirksame Schritte zu unternehmen um die Straflosigkeit zu beenden.
- Sicherzustellen, dass die Täter in einem fairen Verfahren gemäß internationaler Menschenrechtsstandards vor Gericht gestellt werden.

---

**INTERNATIONAL SECRETARIAT, 1 EASTON STREET, LONDON WC1X 0DW, UNITED KINGDOM**